

Die Landtagswahl 1936 und der Parteikampf bis 1938

Die Landtagswahlen vom Februar 1936 brachten der Union vier Landtagsmandate, obwohl sie von der Wählerschaft nur etwa 100 Stimmen weniger erhielt als die Bürgerpartei, die 11 Abgeordnete im Parlament stellte. Die Mandatare der Union waren Ferdinand Heidegger, Vorsteher Triesen, Basil Vogt, Altvorsteher und Zimmermeister Balzers, Johann Beck, Vorsteher Triesenberg 68 und Dr. Otto Schädler, Vaduz. Als Regierungsrat wurde der Triesenberger Altvorsteher Alois Schädler, seit 1938 Fürstlicher Rat, trotz des anfänglichen Widerstandes der Bürgerpartei von der Union in die Regierung entsandt.

Ende Januar 1937 ordnete Regierungschef Hoop ohne vorherige Mitteilung an seine Kollegen in der Regierung eine Hausdurchsuchung im Sekretariat des früheren Heimatdienstes an, wobei, unter der Verdächtigung der Spitzeltätigkeit, Parteiakten beschlagnahmt wurden. Die Spitzelaffaire führte zu einem Staatsschutzgesetz, das der Landtag am 2. März einstimmig genehmigte, und einer harten Auseinandersetzung in einer ausserordentlichen Landtagssitzung. Die Vaterländische Union forderte, gestützt auf ein Rechtsgutachten, die Demission von Regierungschef Hoop. Der Graben zwischen den beiden Parteien vertiefte sich. Man konnte nicht mehr miteinander reden. Die Bürgerpartei, die 11 Mandate im Landtag besass, aber nur über eine Mehrheit von rund 100 Wahlstimmen verfügte, zeigte sich uneinsichtig. Die Vaterländische Union warf ihr Ungerechtigkeit vor, im besonderen bei der Arbeitsvergebung und Stellenbesetzung.

Der harte Parteienzwist konnte erst beigelegt werden, als sich unter dem Eindruck einer möglichen Bedrohung von



Regierungsrat Alois Schädler, Triesenberg

aussen nach dem Anschluss Österreichs an Deutschland am 12. März 1938 die politische Befriedung des Volkes als notwendiges und dringendes Erfordernis von staatspolitischer Seite her aufdrängte. Die Vaterländische Union und die Fortschrittliche Bürgerpartei fanden sich zu einem Burgfrieden zusammen, zumal besonders auch von Seiten des Landesfürsten, vertreten durch den damaligen Thronfolger und jetzigen Landesfürsten Franz Josef II, darauf gedrungen und von schweizerischer Seite dazu geraten wurde.